

DISKURS

Das Wissenschaftsnetz

Medienmappe

zum virtuellen Mediengespräch:

Wohnen vor, in und nach der Krise Ein dringliches soziales Problem

21. Dezember 2022, 10:00 Uhr

Die rasant steigenden Energiepreise und die hohe Inflation haben die Wohnungsfrage aktuell ein wenig in den Hintergrund gedrängt. Ganz zu Unrecht! Denn zum einen hängt die Höhe der Wohnkosten eng mit den erwähnten Entwicklungen zusammen. Und zum anderen stellte die Bewältigung der Wohnkosten schon vor der aktuellen Krise für viele Menschen ein Problem dar – ein Problem, das sich seither weiter verschärft hat. Nicht zuletzt muss die Frage des Wohnens, inkl. der dafür anfallenden Kosten und der Leistbarkeit auch im Zusammenhang mit künftigen Anpassungen im Wohnungsbestand gesehen werden; Adaptierungen, die nicht zuletzt wegen der Klimakrise und der aktuellen Energiekrise notwendig werden.

Im von *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz* organisierten Mediengespräch stehen die sozialen Aspekte der Wohnungsfrage aus wissenschaftlicher Perspektive im Fokus. Wie können sich bestimmte Gruppen der Gesellschaft aktuell, aber auch in Zukunft, Wohnen überhaupt noch leisten? Dazu werden erstens neue Daten aus der Statistik Austria-Befragung „So geht's uns heute“ präsentiert, in der ein Schwerpunkt auf das Thema Wohnkosten und den damit im Zusammenhang stehenden Zahlungsschwierigkeiten gelegt wurde. Zweitens werden soziale Aspekte der Leistbarkeit von notwendigen Um- und Einbauten in Wohnungen/Häusern, die auf Grund der Erderhitzung aber auch der aktuellen Energiekrise notwendig werden, wissenschaftlich beleuchtet. Dazu werden wissenschaftliche Expertinnen in zwei Inputs Stellung nehmen.

Inputs:

[Karin Heitzmann](#) (WU Wien) / [Monika Mühlböck](#) (IHS): Wohnkostenbelastung bei hoher Inflation: ein zunehmendes Problem in der österreichischen Bevölkerung

[Tania Berger](#) (Uni Krems): Klimakrise, Energiearmut und Umweltgerechtigkeit – Herausforderungen für's Wohnen

Karin Heitzmann (WU Wien) & Monika Mühlböck (IHS): Wohnkostenbelastung bei hoher Inflation: ein zunehmendes Problem in der österreichischen Bevölkerung

Auf Grundlage der Ergebnisse der alle drei Monate durchgeführten und von einem Team rund um Monika Mühlböck vom IHS ausgewerteten [Befragung „So geht's uns heute“ von Statistik Austria](#) wissen wir gut über die aktuelle ökonomische und soziale Lage von privaten Haushalten Bescheid. Vor dem Hintergrund der steigenden Inflation und der damit verbundenen Preissteigerungen – insbesondere bei Energie- und Rohstoffpreisen sowie der Anhebung der Richtwertmiete um rund 6% im April 2022 – widmete sich der Bericht zu den Ergebnissen der Befragung aus dem 2. Quartal 2022 den Wohnkosten und den Schwierigkeiten, sich Wohnen leisten zu können. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk auf mögliche Unterschiede je nach Wohnform beziehungsweise Wohnort gelegt. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

16% der Menschen zwischen 16 und 69 Jahren haben in Österreich Schwierigkeiten, mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen

Im zweiten Quartal 2022 berichteten hochgerechnet etwa 940.000 Menschen (16%) zwischen 16 und 69 Jahren von Schwierigkeiten, mit ihrem Einkommen die laufenden Ausgaben des Haushalts zu decken. Bei Personen aus Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren sowie bei Personen mit geringem Haushaltseinkommen belief sich der entsprechende Anteil sogar auf 40%.

Für 18% der Bevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren stellen die Wohnkosten eine schwere finanzielle Belastung dar: Tendenz steigend

Wenig überraschend stöhnen viele über die Wohnkostenbelastung. Je nach Wohnsituation setzen sich die Wohnkosten aus der Miete oder einem etwaigen Wohnkredit, den Wohnnebenkosten (z.B. Strom, Gas, Heizung und Reparaturen) und allfälligen Betriebskosten (z.B. Wasser-, Müll- und Kanalgebühren) zusammen.

Nach den Ergebnissen der „So geht's uns heute“-Befragung aus dem 2. Quartal 2022 stellen die Wohnkosten für 1,1 Millionen Menschen (18%) eine schwere finanzielle Belastung dar. Die Anteile bei vulnerablen Gruppen sind deutlich höher. Stark belastet fühlten sich Personen aus Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren (40%), Personen mit geringem Einkommen (35%), Personen aus Ein-Eltern-Haushalten (29%) und Personen aus Mehrkindfamilien (29%). Bei fast allen vulnerablen Gruppen hat die subjektive Wohnkostenbelastung im Zeitverlauf deutlich zugenommen, teils um 10 Prozentpunkte gegenüber dem ersten Quartal 2022 (vgl. Abbildung 1).

Der Anteil jener, für die Wohnkosten eine schwere finanzielle Belastung darstellt, hat sich seit Ende 2021 für alle Wohnformen und alle Wohnorte erhöht

Generell gilt, dass Mieter:innen öfter angaben, dass die Wohnkosten eine schwere finanzielle Belastung darstellen als Eigentümer:innen. Dasselbe gilt für

Bewohner:innen in Großstädten im Vergleich zu kleineren Städten, Vororten oder ländlichen Regionen. Für alle Gruppen gilt aber gleichermaßen, dass der Anteil jener, für die Wohnkosten eine schwere finanzielle Belastung darstellen im Vergleich zum letzten Quartal 2021 – zum Teil deutlich – zugenommen hat (vgl. Tab. 1).

Rund 19% der Gesamtbevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren erwarten, dass sie im 3. Quartal Zahlungsschwierigkeiten im Hinblick auf die Begleichung der Wohnkosten haben könnten

Nach den Ergebnissen der „So geht’s uns heute“-Befragung aus dem 2. Quartal 2022 erwarten rund 19% der Gesamtbevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren für die kommenden 3 Monate Zahlungsschwierigkeiten bei Miete, Wohnkredit, Wohnnebenkosten oder Betriebskosten – und somit um 5 Prozentpunkte mehr als noch bei der Befragung zu Jahresbeginn 2022 (14%). Einmal mehr sind die Anteile bei vulnerablen Gruppen höher. Bei Personen aus Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren, erwarten sogar 50%, dass sie künftig Zahlungsschwierigkeiten bei den Wohnkosten haben werden (vgl. Abbildung 2)!

Unter den Personen, die zur Miete wohnten, lagen die Anteile derjenigen, die mit zukünftigen Zahlungsschwierigkeiten bei den Wohnkosten rechneten, deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung der 16- bis 69-Jährigen. So erwarten sich rund 30% der Mieter:innen in Gemeindewohnungen Schwierigkeiten bei der Bezahlung der Wohnkosten. Bei Mieter:innen in Genossenschaftswohnungen lag der Anteil bei 25% und bei Mieter:innen in anderen Wohnverhältnissen bei 21%. Auch Befragte, die nicht zur Miete wohnten, sahen sich mit einer zunehmenden Belastung konfrontiert. Hier beliefen sich die Anteile auf 18% (Eigentümer:innen mit Wohnkredit) und 12% (Eigentümer:innen ohne Wohnkredit). Ebenfalls gab es große Unterschiede je nach Wohnort: so sahen Befragte aus der Stadt (24%) eher Zahlungsschwierigkeiten auf sich zukommen als Befragte aus ländlichen Regionen (15%).

Etliche der Befragten im 2. Quartal 2022 gaben an, dass sie bereits im 1. Quartal wohnkostenbezogene Rechnungen nicht oder nicht rechtzeitig begleichen konnten: v.a. Mieter:innen und Bewohner:innen in Städten

Neben erwarteten Zahlungsschwierigkeiten bei der Begleichung der Wohnkosten wird bei der „So geht’s uns heute“-Befragung erhoben, ob es im abgelaufenen Quartal bereits zum Zahlungsverzug gekommen ist, also ob Rechnungen nicht oder erst verspätet bezahlt worden sind. Dazu gaben 13% der Mieter:innen in Gemeindewohnungen an, dass sie im 1. Quartal (also zu Jahresbeginn) in Zahlungsverzug bei der Bezahlung der Miete gekommen waren. Dasselbe gilt für 9% der Mieter:innen in Genossenschaftswohnungen und 8% der Mieter:innen in anderen Wohnverhältnissen. Bei Eigentümer:innen mit laufendem Kredit belief sich der Anteil jener, die in Verzug bei der Rückzahlung ihres Kredites gekommen waren, auf 4%.

Unterteilt nach Wohnort sind Bewohner:innen in dichter besiedelten Gebieten am stärksten von Zahlungsrückständen bei Wohnkosten betroffen. Rund 7% der Bewohner:innen in Städten gaben an, bei der Zahlung von Miete bzw. eines Wohnkredits im Vorquartal in Verzug geraten zu sein. Unter den Bewohner:innen in ländlichen Gebieten war mit 3% ein deutlich geringerer Anteil in Zahlungsverzug geraten. Dies

hängt damit zusammen, dass in ländlichen Gebieten Wohneigentum deutlich häufiger ist, während in Städten vor allem Mietwohnungen zu finden sind.

8% der Menschen zwischen 16 und 69 Jahren können es sich finanziell nicht leisten, ihr Haus bzw. ihre Wohnung angemessen warm zu halten

8% der Bevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren gaben an, dass sie es sich finanziell nicht leisten können, ihre Wohnung angemessen warm zu halten. Ende 2021 bzw. Anfang 2022 lag der entsprechende Anteil noch bei 6%. Einmal mehr ist die Betroffenheit unter vulnerablen Bevölkerungsgruppen deutlich höher. Bei Personen aus Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren sowie bei Personen mit geringem Haushaltseinkommen konnten es sich 26% im zweiten Quartal 2022 nicht leisten, ihren Wohnraum angemessen warm zu halten.

Abbildung 1: Wohnkosten als schwere finanzielle Belastung

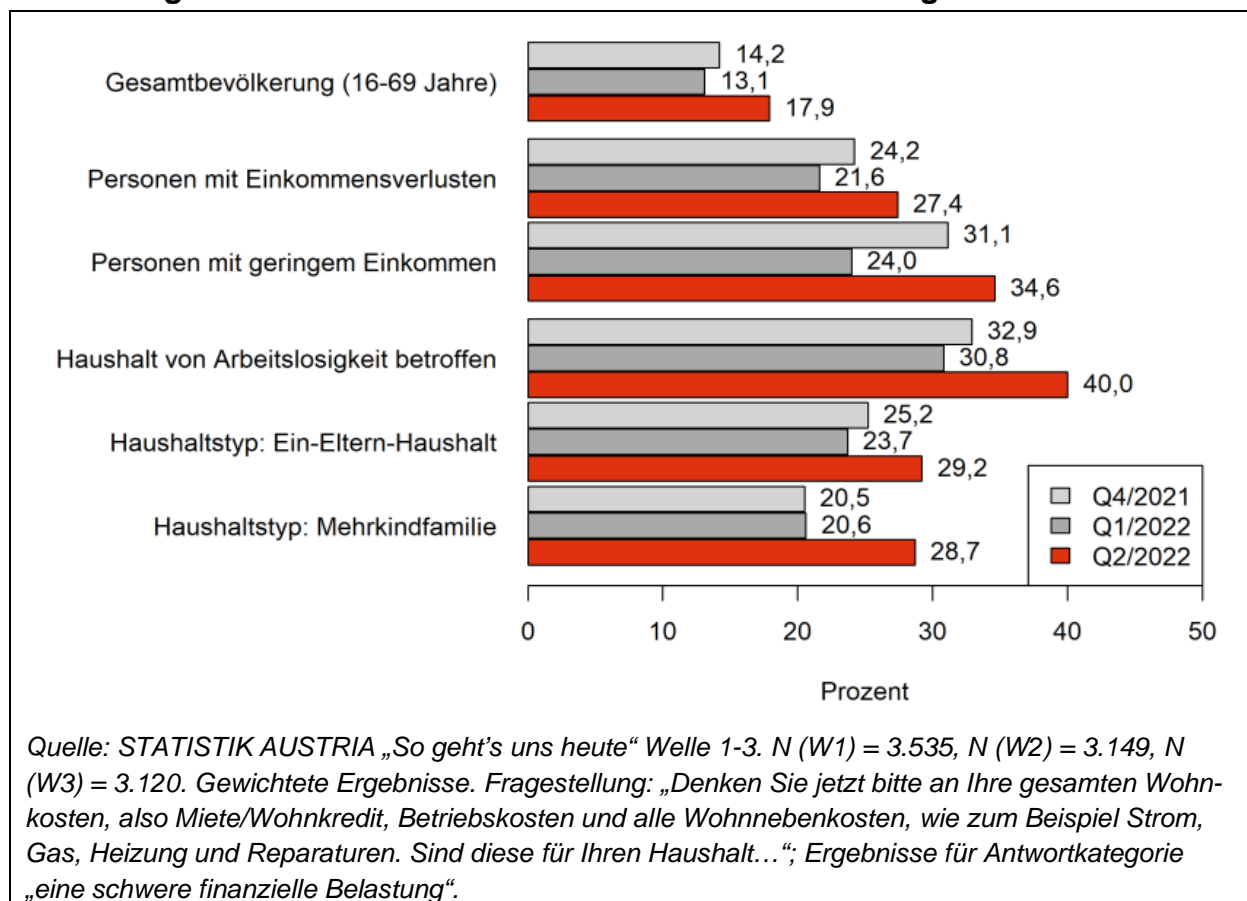
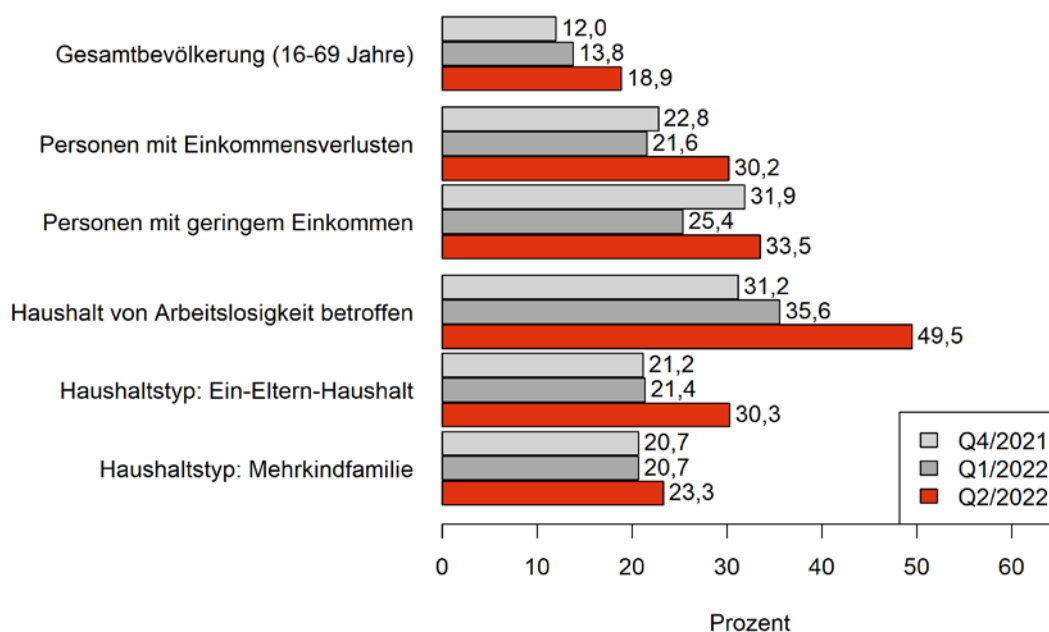


Tabelle 1: Wohnkosten als schwere finanzielle Belastung nach Wohnform und Wohnort

		Q4/2021	Q1/2022	Q2/2022
Rechtsverhältnis der Wohnform	Mieter:innen in Gemeindewohnungen	25,6%	23,4%	29,8%
	Mieter:innen in Genossenschaftswohnung	19,1%	20,6%	25,2%
	Mieter:innen in anderen Wohnverhältnissen	19,6%	18,1%	22,7%
	Eigentümer:innen mit laufendem Wohnkredit	12,7%	10,4%	18,1%
	Eigentümer:innen ohne Wohnkredit	6,4%	5,3%	7,0%
Bevölkerungsdichte des Wohnortes	Städte	15,7%	15,3%	22,5%
	Kleinere Städte und Vororte	15,6%	15,5%	16,7%
	Ländliche Gebiete	11,6%	9,2%	14,9%

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 1: Q4/2021, Welle 2: Q1/2022, Welle 3: Q2/2022). Fragestellung: „Denken Sie jetzt bitte an Ihre gesamten Wohnkosten, also Miete/Wohnkredit, Betriebskosten und alle Wohnnebenkosten, wie zum Beispiel Strom, Gas, Heizung und Reparaturen. Sind diese für Ihren Haushalt...“ – Antwort: eine schwere finanzielle Belastung. N (W1) = 3.531, N (W2) = 3.149, N (W3) = 3.120. Mietfreie Wohnverhältnisse werden bei nicht ausgewiesen. Gewichtete Ergebnisse.

Abbildung 2: Erwartete Zahlungsschwierigkeiten Wohnkosten (Q4/2021, Q1/2022, Q2/2022)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 1: Q4/2021, Welle 2: Q1/2022, Welle 3: Q2/2022). Fragestellung: „Denken Sie jetzt bitte an Ihre gesamten Wohnkosten, also Miete, Wohnkredit, Betriebskosten und alle Wohnnebenkosten, wie zum Beispiel Strom, Gas, Heizung und Reparaturen. Erwarten Sie für die nächsten drei Monate Schwierigkeiten diese zu bezahlen?“ Antwort: Ja. N (W1) = 3.019, N (W2) = 2.945, N (W3) = 2.920. Gewichtete Ergebnisse.

Nähere Informationen finden Sie unter: [https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:8beefef2-8874-425f-a8dc-f6dba6226dd8/So gehts uns heute - die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2022 - Schwerpunkt Wohnen.pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:8beefef2-8874-425f-a8dc-f6dba6226dd8/So_gehts_uns_heute_-_die_sozialen_Krisenfolgen_im_zweiten_Quartal_2022_-_Schwerpunkt_Wohnen.pdf)

Tania Berger (Uni Krems): Klimakrise, Energiearmut und Umweltgerechtigkeit – Herausforderungen für's Wohnen

Die Leistbarkeit von Wohnen insbesondere für einkommensschwache Haushalte war in Österreich und Europa schon vor Beginn der Corona-Pandemie und den derzeitigen Preisanstiegen bei Energie zum Thema geworden. Über zehn Jahre nach der globalen Finanzkrise von 2008 stiegen nicht nur Immobilienpreise, sondern auch Mieten weiterhin deutlich über der Inflationsrate, während gleichzeitig staatliche Sozialleistungen tendenziell gekürzt wurden und den Betroffenen damit insgesamt weniger Budget „zum Leben“ zur Verfügung stand.

Gleichzeitig sehen vor diesem Hintergrund gesetzliche Vorgaben und gesamtstaatliche Vorhaben zur Erreichung der nationalen Klimaziele die zwingende Notwendigkeit vor, den österreichischen Wohnsektor großflächig zu dekarbonisieren – also von fossilen auf erneuerbare Energieträger umzustellen. Damit sind Kosten sowohl für die erforderliche Umrüstung von vorhandenen Heizungen als auch für ihren künftigen Betrieb verbunden. Für armutsgefährdete und energiearme Haushalte drohen dadurch weitere Erhöhungen der Wohnkosten.

Armutsbetroffene und energiearme Menschen leben häufig in alten Mietwohngebäuden mit geringerer Energieeffizienz. Die eigene Wohnung in diesen Gebäuden ausreichend warm zu halten, benötigt mehr Energie als in neuen, gut gedämmten Häusern. Die Energiekosten der betroffenen Haushalte sind daher oft bei gleichem Wohnkomfort deutlich höher. Um ihre Energierechnungen überhaupt bezahlen zu können, schränken sich viele einkommensschwache Haushalte beim Energiekonsum stark ein, – so werden etwa Räume weniger oder gar nicht beheizt, auf warmes Baden und Essen wird nach Möglichkeit verzichtet.

Armutsgefährdete Haushalte wohnen auch häufig in Wohngebieten mit hoher Bewohner:innendichte und hohen Umweltbelastungen durch Lärm, Feinstaub und Luftschadstoffe vor allem von naheliegenden Hauptverkehrsstraßen, geringer Grünraumversorgung und erhöhten Umgebungstemperaturen im Sommer. Dabei verfügen gerade diese Haushalte selbst oft über kein eigenes Fahrzeug und verursachen vergleichsweise wenig Treibhausgasemissionen.

Zukünftige Klimaszenarien zeigen, dass extreme sommerliche Hitzebelastungen speziell in dicht verbauten Stadträumen in den kommenden Jahrzehnten weiter steigen und in der Folge auch hitzebedingte Todesfälle zunehmen werden. Die gefährdetsten Gebiete sind dabei genau jene, in denen armutsbetroffene Haushalte überdurchschnittlich häufig zu finden sind.

Gleichzeitig verfügen genau diese Personengruppen am wenigsten über Mittel und Möglichkeiten um während langer Hitzeperioden auf künstliche Kühlung zurückgreifen oder auch nur einfach einmal auf Urlaub fahren zu können.

Eine klimasoziale Politik, die diese Aspekte von Umwelt(un)gerechtigkeit berücksichtigt und eine gesamtgesellschaftliche, ökosoziale Transformation anstrebt, muss daher Unterstützungsmaßnahmen gezielt auf betroffene Haushalte ausrichten: So können Umweltbelastungsanalysen zur Identifizierung von benachteiligten Sozialräumen mit Mehrfachbelastungen führen und erhöhte Förderwürdigkeit ausweisen. Laufende Studien zur Dekarbonisierung im großvolumigen Wohnbau zeigen zudem, dass es gute Kommunikation und Begleitmaßnahmen für Sanierung und Heizungsumstellung braucht, um die BewohnerInnen bei dieser Weichenstellung für zukunftsfähige Gebäude „mit ins Boot“ zu holen.

Über die ExpertInnen

(in alphabetischer Reihenfolge)

Tania Berger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Umweltsensitivität der Donau-Universität Krems. Dort leitet sie den Cluster „[Social sPACe based research in built Environment](#)“ (SPACE) am Department für Bauen und Umwelt. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen auf Energieeffizienz und Klimawandelanpassung der gebauten Umwelt sowie Armutsthematiken im Wohnen tania.berger@donau-uni.ac.at

Karin Heitzmann ist außerordentliche Universitätsprofessorin am Institut für Sozialpolitik und Leiterin des [Forschungsinstituts Economics of Inequality](#) (INEQ). Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen auf Armuts-, Wohlfahrtsstaats- und Ungleichheitsforschung. karin.heitzmann@wu.ac.at

Monika Mühlböck ist Senior Researcher am Institut für Höhere Studien (IHS) und Universitätsassistentin am Institut für Soziologie der Universität Wien. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Public Policy, Arbeitsmarkt, europäische Integration, politische Repräsentation und quantitative Methoden. monika.muehlboeck@ihs.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Danyal Maneka, MA

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

+43 650 30 11 27 3

maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Dr. Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

+43 677-620 44 303

krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>